

Stellungnahme zum Haushalt 2016 des Landkreises Göppingen

-13. November 2015-

Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,
sehr geehrter Herr Finanzdezernent Stolz,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gegenüber dem letzten Jahr, nehmen wir als Fraktionen des Kreistags einen Monat früher Stellung zum Haushaltsentwurf für das kommende Jahr. Wie gewohnt liegt uns ein umfangreiches Planwerk vor, das in groben Zügen darstellt, was der Landkreis im Jahr 2016 alles bewältigen soll. Zwar hat sich bei der Darstellung der Einzelpläne, der Produktbereiche und Einzelprodukte einiges zum Besseren, zum Verständlicheren gewandelt. Trotzdem fehlen uns in manchen Bereichen Detaildarstellungen, die wir –man möge uns das nachsehen- von Fall zu Fall von der Verwaltung erbitten, und die dann hoffentlich zur Erhellung beitragen werden. Wir danken bereits an dieser Stelle dem Finanzdezernat und allen an der Aufstellung des Etat-Entwurfs beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Ausarbeitung des Planwerks.

Auch wenn es wiederum eine Fülle von Aufgaben und Themen sind, die uns bei der Entwurfsberatung und darüber hinaus beschäftigen, so steht doch ganz aktuell ein Bereich im Mittelpunkt der Diskussionen (nicht nur bei uns in den Gremien, sondern in der gesamten Bevölkerung): die Thematik der Unterbringung, Versorgung und Integration der

Flüchtlinge und Asylbewerber

Die aktuellen Entwicklungen, die politischen Haltungen und die vielfach kontroversen Diskussionen in die wir selbst mit eingebunden sind, aber auch diejenigen die uns alltäglich von und in den Medien präsentiert werden, verstärken in der Bevölkerung und neuerdings auch bei manchen politisch Verantwortlichen mehr und mehr die Befürchtungen, dass die enormen Aufgaben in absehbarer Zeit, nicht mehr bewältigt werden können.

Die Diskussionen über

- Transitzonen oder Einreise-/Begrüßungszentren
- Schnellere Verfahren bei der Antragsbearbeitung
- Zeitnahe Rückführung der abgelehnten Bewerber
- Europäische Solidarität
- Zugangsobergrenzen
- Vorhandene oder fehlende Rechtsgrundlagen
- Bereicherung oder Gefährdung unserer Kultur
- Chancen oder Risiken für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme

um nur einige zu nennen, sind schon notwendig und müssen in aller Sachlichkeit und mit Respekt geführt werden.

Sie helfen uns als Landkreis und Kommunen bei der Erfüllung unserer Pflichtaufgabe, der raschen, angemessenen und menschwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber jedoch nicht weiter.

Unsere Landkreisverwaltung widmet sich nach unserem Eindruck mit großem Engagement dieser gewaltigen Herausforderung.

Ohne die massive Unterstützung aller Städte und Gemeinden (die wir erbitten, ja einfordern) und der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, für deren großen Einsatz wir ausdrücklich danken und von dem wir hoffen dass er anhält, würde bzw. wird der Landkreis es unendlich schwer haben, diese Aufgabe zu bewältigen.

Wir Freien Wähler und auch die anderen Fraktionen des Kreistags unterstützen Sie Herr Landrat und die Landkreisverwaltung nach Kräften, sei es bei der Bereitstellung von Planstellen, sei es bei beschleunigten Beschaffungen und bei Investitionen, aber auch beim Werben um Verständnis in der Bevölkerung für die Maßnahmen, die sein müssen und die unausweichlich sind.

Die Entwicklung der Zugangszahlen, unpopuläre, jedoch nicht vermeidbare Hallenbelegungen, winterfeste Zelte und nicht zuletzt die Entscheidung, den Hohenstaufensaal als Notquartier einzurichten, verdeutlichen die Dramatik der aktuellen Situation.

Wir wünschen, dass die Mitarbeiter/innen der beim LRA installierten „Unterbringungs-Arbeitsgruppe“ zielgerichtet und elanvoll schaffen.

Dass ihnen ermöglicht wird, bei der Aktivierung von Räumlichkeiten zur Unterbringung schnell und effektiv zu entscheiden, und dort wo möglich und vertretbar, der gesunde Menschenverstand vor bürokratischen Anforderungen zum Tragen kommt.

Verständlicherweise hat die Verwaltung das vorrangige Ziel, die zu uns kommenden Menschen in „großen Einheiten“ unterzubringen. Kurzfristig mag das helfen. Eine dauerhafte, und im Hinblick auf die Anschlussunterbringung –für die dann die Städte und Gemeinden zuständig sind- praktikable Lösung ist das keinesfalls.

Wir regen deshalb an, gemeinsam mit den Kommunen, verstärkt nach Grundstücken bzw. Flächen Ausschau zu halten, um „kleinere Einheiten“ in Systembauweise zu errichten.

Für die Bereitstellung von ausreichend Wohnraum für die weiter steigende Zahl der Flüchtlinge, brauchen Städte und Gemeinden dringend - auf den individuellen Bedarf abgestimmte und schnelle Baulösungen.

Von großer Wichtigkeit erscheint uns dabei

- eine zeitnahe und kostengünstige Realisierung
- Abwicklungssicherheit
- schlüsselfertige Komplettlösungen
- individuelle Architektur
- flexible Nachnutzung
- Energieeffizienz
- gesicherter Brandschutz
- Beteiligung des örtlichen Handwerks und der heimischen Forst- und Holzwirtschaft

Die Holzbauweise mit Ihrem hohen Vorfertigungsgrad bietet hier fast perfekte Lösungen.

Diese Systembauweise, die durch unsere Handwerker im Landkreis problemlos realisiert werden kann, steht zur Verfügung!!!!

Es wäre zudem eine ausgezeichnete Möglichkeit, Wirtschaftskraft im Landkreis zu halten und einen Beitrag zur Beschäftigung zu leisten.

Wir beantragen **1**

1. Die Verwaltung zeigt im Zusammenwirken mit dem örtlichen Handwerk (Kreishandwerkerschaft, Innungen, Handwerksbetrieben) bis 30.04.2016 auf, wie, wie rasch und zu welchen Konditionen, solche Systembauweisen realisiert werden können.

2. Parallel dazu wird geklärt, ob, wo, in welchem Umfang und zu welchen Konditionen, geeignete Grundstücke in den Städten und Gemeinden bereit gestellt werden können.

In der Folge der Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber steht dann die Aufgabe der Integration an, beginnend mit der zwingenden Voraussetzung des Erlernens der Sprache.

Entsprechend dem Beispiel der „Lernwerkstatt für Flüchtlinge“ in Schwäbisch Gmünd (Ostalbkreis) könnte auch im Landkreis Göppingen der Versuch unternommen werden, Flüchtlinge –unabhängig vom Herkunftsland- mit den neuen Lebensbedingungen vertraut zu machen und diese möglichst auf allen Ebenen kennen zu lernen.

Wir beantragen 12

1. in enger Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, der Kreishandwerkerschaft, Vertretern der Handwerksinnungen, der IHK, der beruflichen Schulen und den Kommunen einen Vorschlag zur Beschäftigung und zur beruflichen Bildung für Flüchtlinge zu erarbeiten.
2. zu klären, ob am Beispiel der „Lernwerkstatt für Flüchtlinge“ in Schwäbisch Gmünd auch im Landkreis Göppingen, ggf. als Ergänzung zu schon vorhandenen Aktivitäten, ein entsprechendes Angebot gemacht werden kann.

Verkehr – ÖPNV

Wer hätte es vor einem Jahr gedacht, dass es nun mit dem Weiterbau der B10 –wenn auch nur vorerst bis Gingen Ost- vorwärts geht.

Wir waren, das darf man wohl feststellen, mit unseren gemeinsamen –wenn auch teilweise unterschiedlichen- Bemühungen erfolgreich.

Dieser „Erfolg“ muss uns in unseren Bemühungen bestärken und Antrieb sein, Planung, Planfeststellung und Baufreigabe für die nächsten Abschnitte bis einschließlich Geislingen/Ost und hinauf auf die Albhochfläche mit Nachdruck einzufordern und auf den Weg zu bringen. Jedem Verantwortlichen muss klar sein, dass die weiteren Abschnitte schnellstmöglich kommen müssen.

Auch die Anwohner von Kuchen und Geislingen haben ein Recht auf Entlastung vom Durchgangsverkehr. Es darf bei der B10 keinen Stillstand geben.

Wir beantragen 13:

Der Landkreis erarbeitet zusammen mit den bisher mitarbeitenden und am Thema interessierten Akteuren aus Politik (Bund, Land, Kreis, Kommunen) und Gesellschaft (IHK, Handwerk, Bürgerinitiative) einen Aktionsplan, mit dem bei den zuständigen Stellen ein zügiges Weiterplanen und Weiterbauen der B10 erreicht werden soll.

Nach 10 Jahren Stillstand, scheint es beim Alaufstieg im Zuge der A8 im nächsten Jahr wieder weiterzugehen. Die ppp-Lösung dürfte „ad acta“ gelegt sein. Der Bund wird nicht umhin kommen, sich verstärkt dieser Aufgabe zu widmen. Es kann nicht angehen, eine als dringend notwendig anerkannte Ausbaumaßnahme einer höchstbedeutsamen europäischen Verkehrsader „auf die lange Bank“ zu schieben.

Die Ausbaumaßnahmen auf bayrischem und badischem Terrain, bringen den Nadelöhren bei Pforzheim und –was uns besonders betrifft- beim Alaufstieg immer größere Belastungen, die einfach nicht mehr vertretbar sind.

Der Bund muss die Maßnahme A8-Albaufstieg im Rahmen einer Sonderfinanzierung, bei der auch die besonderen topographischen Gegebenheiten in unserem Raum berücksichtigt werden, in sein aktuelles Bauprogramm mit aufnehmen. Wir wissen Herr Landrat, dass Sie auch an diesem Thema dran sind und dran bleiben werden.

Beim Thema ÖPNV scheint sich einiges zu bewegen. Der Bund hat zugesagt, die Regionalisierungsmittel über das Jahr 2019 hinaus weiter zu gewähren. Das Land kann insofern die fehlenden Finanzen nicht mehr als Argument für seine Zögerlichkeit bei der Zusage zur Einführung des Regional-Express-Zuges auf der Filstalstrecke im 30-Minuten-Takt bis Geislingen, ins Feld führen. Der Bund hat bei der ÖPNV-Förderung „geliefert“ – jetzt muss das Land seinen Beitrag leisten.

Zusammen mit den aktuell günstigen Ausschreibungsergebnissen, hat das Land sämtliche Möglichkeiten, den Regionalexpress wie im Gesetz über den ÖPNV-Pakt dargestellt bis Geislingen und nicht nur bis Süssen „auf die Schiene zu setzen“ und zwar im 30-Minuten-Takt.

Diese Zusage (wir gehen fest davon aus dass sie kommt) ist für uns Grundvoraussetzung für weitere Überlegungen (Angebot und Preis) im Hinblick auf einen „S-Bahn-ähnlichen“ Schienenverkehr auf der Filstalstrecke.

Ein weiteres Ziel unserer Bemühungen muss sein, im Interesse der Raumschaft Geislingen, die Zug-Verbindungen in den Alb-Donau-Kreis und nach Ulm nicht aus den Augen zu verlieren.

Mit der Erstellung des neuen Nahverkehrsplanes werden wir uns im Kreistag und im UVA in Kürze und wohl noch einige Zeit intensiv beschäftigen.

Dass die angestrebten Ziele „Vertaktung“, „Vernetzung“, „Bedienungsqualität“ und „Nutzerfreundlichkeit“ nicht zum Nulltarif erreicht werden können ist uns allen klar.

Ob und ggf. wie die umfangreichen Wunschvorstellungen von Kommunen, Schulen und Nutzern umgesetzt werden können bleibt abzuwarten.

Die anstehenden Beratungen werden wohl auch die Realisierungsmöglichkeiten, die Kosten und wie diese finanziert werden können aufzeigen.

Wir sind auch darauf gespannt, wie viel die Erfüllung weiterer ÖPNV-Verbesserungswünsche (VVS-Vollintegration; Harmonisierung Schülerbeförderung; Sozialticket usw., usw.) kostet und wie die Finanzierung dazu aussehen wird.

Beim Straßen- und Radwegbau befinden wir uns in einer kontinuierlichen Entwicklung die es ermöglicht, trotz eines gewissen Investitionsstaus, doch einiges in die Erhaltung des Landkreisvermögens zu investieren.

ALB-FILS-Kliniken

Die Geschäftsführung hat uns vor kurzem im Beirat, zusammen mit einigen Chefärzten, die Medizinstrategie der AFK zum Zukunftskonzept 2020 vorgelegt und erläutert. Die Medien haben darüber umfassend und positiv berichtet.

Nach unserer Einschätzung ist die Medizinstrategie nicht nur an den Anforderungen, Notwendigkeiten und Zwängen der Klinik orientiert, sondern auch an den Bedürfnissen und Wünschen, die unsere Bürgerinnen und Bürger an eine umfassende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung (ärztlich und pflegerisch) im Landkreis haben.

Die Fokussierung auf „Spezialitäten“ die unsere Kliniken anbieten können, ist Folge einer hervorragenden personellen Aufstellung in unseren Häusern.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kliniken sehr herzlich. Gerne regen wir an, verstärkt über das breite Leistungsspektrum, die medizinische Qualität und die umfassende Pflege zu berichten in unseren Häusern zu berichten. „tue Gutes und rede drüber“.

Zur Zukunftsfähigkeit unserer Kliniken soll neben der Medizinstrategie auch der Neubau der Klinik am Eichert beitragen.

Mit Hochdruck wird derzeit an der Vorbereitung des Baubeschlusses gearbeitet.

Die kürzlich vorgelegte Kostenschätzung hat mit 376 Mio. Euro für das Zieljahr 2022 erfreulicherweise keine „negative Diagnose“ ergeben.

/A4:

Wir beantragen auch weiterhin rechtzeitige und umfassende Informationen im Beirat über die aktuellen Entwicklungen beim Klinikneubau, bei der Kindertagesstätte, bei den Personalwohnungen und beim Parkhaus.

Speziell bei der Kindertagesstätte bitten wir um Auskunft, ob die Planung so erfolgt, dass bei einem künftigen, erhöhten Bedarf an Betreuungsplätzen eine Aufstockung des Gebäudes möglich ist.

Angesichts der vorliegenden Kostenschätzung, der beabsichtigten Beteiligung der Kliniken an den Neubau-Investitionskosten, der wirtschaftlichen Prognosen aus der Medizinstrategie und der aktuell im Bund verabschiedeten Krankenhausreform beantragen wir

/A5 einen Bericht und eine Darstellung im Verwaltungsausschuss über die Auswirkungen auf die Finanzplanung und das Finanzkonzept des Landkreises.

Integriertes Klimaschutzkonzept – Energiepolitisches Arbeitsprogramm

Der Klimaschutz hat im Landkreis eine hohe Priorität.

Als Maßnahme Nr. 3.6.2 im epap ist bei der Ver- und Entsorgung enthalten:
Steigerung der energetischen Nutzung von Bioabfällen gegenüber der Kompostierung

Wir beantragen **IA6** eine Darstellung im UVA

- a) welche Maßnahmen sich hinter der Summe von 958 T€ verbergen und
- b) wie die Steigerung der energetischen Nutzung von Bioabfällen gegenüber der Kompostierung ermittelt wird.

Erfreulich ist, dass sich der Landkreis bei seinem energiepolitischen Arbeitsprogramm, die alternative Energieerzeugung mittels Photovoltaikanlagen auf die Fahnen geschrieben hat.

Das ist gut so.

Auch die Aussage, dass der Wegfall von Windstrom (weniger Anlagen als ursprünglich vorgesehen) durch weitere PV-Anlagen kompensiert werden könne, ist durchaus positiv.

Dass sich allerdings bei der Realisierung von PV-Anlagen auf landkreiseigenen Liegenschaften sich aktuell nichts tut, können wir nicht verstehen.

Die BEG Voralb-Schurwald ist nicht nur stark interessiert sondern auch bereit und in der Lage, auf dem Dach des BSZ Oede eine PV-Anlage zu installieren.

Planunterlagen und Vertragsentwürfe liegen dem Landkreis vor.

Technische Probleme bei den vorhandenen Zuleitungen im Gebäude können durch die BEG gelöst werden.

IA7

Das in Frage kommende Dach im BSZ Oede wird der BEG Voralb-Schurwald ohne weiteren Zeitverzug zur Verfügung gestellt.

Bei der Sanierung weiterer Dächer auf landkreiseigenen Liegenschaften wird geprüft ob PV-Anlagen installiert werden können.

Abfallwirtschaft

Die Einführung der Bio-Abfallsammlung hat bei manchen Kreisrätinnen/Kreisräten wahre Jubelstürme hervorgerufen.

In der Bevölkerung hält sich die Begeisterung über die blauen Säcke doch sehr in Grenzen. Vor allem deren Dichtigkeit, die zwar behauptet aber nicht gegeben ist, wird zu Recht beanstandet. Die Qualität des Materials lässt, ähnlich wie bei der mangelnden Reißfestigkeit der gelben Säcke (Duales System), doch sehr zu wünschen übrig.

Antrag /A8

Der AWB berichtet im UVA

- welche Möglichkeiten ergriffen werden können, um eine bessere Qualität bei den gelben und blauen Säcken zu erreichen
- welche „Bio-Abfallmengen“ bisher eingesammelt und in Türkheim angeliefert wurden
- welcher Energieertrag aus der bisher gelieferten Bio-Abfallmenge gewonnen werden konnte.

Mit der Festlegung der Standorte für die Grüngutplätze konnte nach langen Diskussionen, zumindest planerisch, ein Abschluss gefunden werden.

Nach und nach werden auch die restlichen Plätze gebaut und in Betrieb genommen werden. Dann wird auch im Landkreis Göppingen „Qualitätskompost“ produziert.

Wir beantragen /A9

Im UVA darüber zu berichten, wie sich die Kompostmengen auf den einzelnen Plätzen entwickeln, wie und ggf. mit welchen Erträgen diese „abgesetzt“ werden, welche Qualitätsmerkmale gelten und wie die Qualitätssicherung erfolgt.

In einer der letzten UVA-Sitzungen konnten wir hochinteressante Erkenntnisse zum Thema „Öko-Bilanz (Energie-Bilanz) in der Abfallwirtschaft“ gewinnen. Danach ist eine solche Untersuchung **v o r** einer Systemumstellung bzw. Systemergänzung durchaus sinnvoll.

/A10

Rechtzeitig vor Auslaufen der Bioabfall-Einsammelverträge wird das Thema „Öko-Bilanz (Energie-Bilanz) in der Abfallwirtschaft“ auf die Tagesordnung des UVA gesetzt.

Standortkommunikation – Standortmarketing

Um diesen „Leuchtturm“ ist es in letzter Zeit etwas ruhiger geworden.

Imagefilm und Corporate Design sind verwirklicht. Die Begrüßungs-Gabionen an den Landkreisgrenzen müssen noch etwas warten.

Das ist alles so o.k.

Jetzt hat uns ein Schreiben der Stauferfestspiele erreicht, mit der Bitte über eine finanzielle Förderung durch den Landkreis nachzudenken. Nachdem eine Landesförderung wohl nur durch gleichzeitige Förderung durch den Landkreis möglich wird (wird derzeit geprüft), ist das Ansinnen durchaus angebracht.

In der Tat sind die Stauferfestspiele ein Aushängeschild des Landkreises, das weit über den Landkreis hinaus strahlt und nicht nur im kulturellen, sondern auch im touristischen positive Wirkungen entfaltet.

/A11

Die Verwaltung prüft die Möglichkeit einer finanziellen Förderung der Stauferfestspiele und bereitet eine Beratung im VA vor.

Haushalt – Finanzkonzept – Kreisumlage

Das vom Finanzdezernat erarbeitete, in Baden-Württemberg und möglicherweise in der ganzen Republik einmalige Finanzkonzept, gibt auch der Kreispolitik Hilfestellungen bei der Beurteilung der finanziellen Auswirkungen unserer Projekte, Maßnahmen und Vorhaben die auf der Arbeitsliste stehen.

Dieses Finanzkonzept gibt die Möglichkeit, die Auswirkungen zu „simulieren“ die bspw. negative Kostenentwicklungen, sinkende Wirtschaftskraft, steigende Zinsen und vieles mehr mit sich bringen.

Daraus kann abgeschätzt werden, welche finanziellen Risiken mit noch so wünschenswerten Vorhaben verbunden sind.

Was wir als Folge des Konzeptes jedoch vermischen und gerne anmahnen, ist die Erstellung einer Vorhaben-Priorisierung die nach unserer Einschätzung unverzichtbar ist.

Nicht alles wird auf einmal verwirklicht werden können.

Wer z'viel uff oimol en dr Arm nemmt – verlupft sich leicht.

/A12

Aus den Erkenntnissen, die durch das Finanzkonzept gewonnen werden, wird ein Vorschlag zur Priorisierung der anstehenden Aufgaben erstellt.

Bevor wir die Zahlen des Haushaltsentwurfs 2016 analysieren, werfen wir zunächst einen Blick auf die Jahresabschlüsse der letzten Jahre.

Alle, aber wirklich alle haben wesentlich bessere Ergebnisse gebracht als in den jeweiligen Haushaltsplanungen prognostiziert. Das war schon zu Zeiten der kameralen Buchführung so.

Nach Einführung der Doppik erst recht.

Nehmen wir zum Beispiel das Jahr 2014.

Der Ergebnishaushalt, die Basis für die Bedarfsermittlung der Kreisumlage, hat gegenüber dem HH-Plan 12,5 – 14,5 Mio. Euro mehr erwirtschaftet.

Im Finanzhaushalt wurden lediglich 25% bewirtschaftet, also 5-6 Mio. Euro weniger investiert. Schulden wurden abgebaut (erfreulich). Rücklagen konnten angesammelt werden (auch gut).

Aber wir schieben einen Berg von Maßnahmen und Investitionen vor uns her, der durch die ständig neue Veranschlagung von Vorhaben nicht kleiner wird. Wir fragen uns schon, wie der abgetragen werden soll. Schon des Öfteren haben wir gefragt, ob die Verwaltung überhaupt in der Lage ist, die Menge der Aufgaben und Vorhaben zu bewältigen. So langsam meinen wir, die Antwort zu kennen.

Auch für 2015 prognostiziert die Verwaltung (ohne konkret Zahlen zu nennen) eine ähnlich gute Entwicklung. Na also.

Und jetzt erkennen wir im Haushaltsentwurf 2016 einen erwarteten Ergebnisüberschuss in Höhe von 6,7 Mio. Euro. Der auf unter 20 Mio. Euro reduzierte Schuldenstand erfährt eine leichte Steigerung. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass nicht eine, wirklich nicht eine vorgesehene Kreditaufnahme erfolgen musste. Und auch 2016 können die Rücklagen bzw. die Liquidität gestärkt werden.

Ist es angesichts dieser Entwicklung dann wirklich verwunderlich, wenn sich Städte und Gemeinden fragen, ob sie angesichts der Zahlen nicht auch etwas vom „Kuchen“ abbekommen können?

Wir können für diese Haltung durchaus Verständnis aufbringen, sind wir doch –wie viele Andere im Kreistag auch- in den Gremien der Städte und Gemeinden verwurzelt.

Freilich, der Umgangston könnte teilweise schon ein anderer sein, das darf aber nicht die Haltung gegenüber der Sache beeinflussen.

Angesichts der Rechnungsabschlüsse und der Erfahrungen der letzten Jahre und angesichts der Zahlen des Jahres 2016 halten wir es für angebracht, die Verwaltung dazu anzuhalten, ihren Vorschlag den Kreisumlagehebesatz in Höhe von 37%-Punkten stabil zu halten, noch einmal zu überdenken.

Auch im Wissen unserer kosten- und finanzträchtigen Zukunftsprojekte, halten wir es für vertretbar eine Absenkung des Hebesatzes um 1,0 Prozentpunkte anzustreben. Es wäre auch ein Zeichen der Hilfsbereitschaft an die kommunale Familie verbunden mit der Hoffnung, im Gegenzug ebenfalls Hilfe gewährt zu bekommen, die wir als Landkreis ebenso dringend nötig haben.

/A12

Die Verwaltung stellt dar, wie ein Kreisumlagehebesatz von 36,0% realisiert werden kann, ohne die Kreditaufnahme zu erhöhen.

Herr Landrat, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich wünsche Ihnen und uns sachliche Beratungen und zukunftsweisende Beschlüsse.

Ihnen Herr Landrat und Ihnen Herr Stolz sowie allen an der Ausarbeitung des HH-Entwurfs 2015 beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nochmals besten Dank.

Ebenso allen Beschäftigten des Landkreises und seiner Einrichtungen für die engagierte Mitarbeit.

Den Mitgliedern der Freien-Wähler-Fraktion danke ich für die Mitarbeit an der Ausarbeitung unserer Stellungnahme, ohne die ich diese heute so nicht hätte vortragen können.

Ich bedanke mich für die mir gewährte Aufmerksamkeit.
Vor allem bei denen, die mir zugehört haben.

Zu folgenden Themen verzichten wir auf Zeitgründen auf eine mündliche Erwähnung, stellen aber entsprechende Anträge:

Substitution

Es gibt immer weniger Ärzte die Substitution anbieten obwohl der „Bedarf“ dazu steigt. Bereits im Jahr 2011 fanden Beratungen zu diesem Thema statt. Gibt es zwischenzeitlich neue Erkenntnisse bzw. Lösungsansätze?

/A13 Bericht im JHA

Familientreffs

sind zweifelsohne und unbestritten sehr gute und wichtige Einrichtungen. Gibt es Erkenntnisse dass zu den bestehenden FT weitere hinzukommen? Wenn ja wo?

/A14 Bericht im JHA

Kinderschutzzentrum

Es war beabsichtigt, im ersten Halbjahr 2015 im JHA im Hinblick auf die viel zu langen Wartezeiten einen Bericht zu geben und ggf. Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

/A15 Bericht im JHA

Stationäre Geschwindigkeits-Messanlage B10 Ausfahrt UHINGEN in Richtung Stuttgart

/A16 Beratung im UVA über die Notwendigkeit

Bauamt Fallzahlen und Gebühren

/A17 Die Entwicklung der Fallzahlen und Gebühren im Bereich des Bauamtes wird im VA dargestellt und begründet.

Beratung der noch offenen Anträge aus den Haushaltsberatungen 2015

/A18 Die noch offenen Anträge aus den Haushaltsplanberatungen 2015 werden zeitnah abgearbeitet.
